

TREFFPUNKT MITTELSTAND

DEZEMBER 2014

DER ZENTRALE FAKTOR
DER VOLKSWIRTSCHAFT
IN DEUTSCHLAND

Verhandlungsangebot der SPD an die CDU-Bürgerschaftsfraktion

Vor dem Hintergrund der instabilen politischen Verhältnisse in der Lübecker Bürgerschaft und der Notwendigkeit, stabile Mehrheiten für die wichtigen Zukunftsfragen in der Lübecker Bürgerschaft zu erreichen und verlorenes Vertrauen zurückzugewinnen, schlägt die SPD der CDU-Bürgerschaftsfraktion nachfolgende Eckpunkte vor, um die Fachbereichsleiterwahlen geordnet durchzuführen und eine Grundlage für gemeinsame Gespräche über eine dauerhafte Zusammenarbeit in der Lübecker Bürgerschaft, die bis zum Ende der Wahlperiode andauern soll, zu schaffen:

Die SPD sichert verbindlich zu und ist bereit, diese Zusicherungen unverzüglich, öffentlich zu erklären:

1. Die Schulstandorte in den dörflichen Stadtteilen bleiben erhalten. Die anstehenden Maßnahmen in Groß Steinrade und Niendorf werden zügig umgesetzt.
2. Die durch das Gutachten „Bildung und Region“ zur Schulentwicklungsplanung ausgelöste Diskussion um den Schulstandort Kücknitz/Trave-Gymnasium wird im Rahmen der anstehenden Schulentwicklungsplanung unter Einbeziehung von Schülern, Eltern und Lehrkräften ein konsensuales Planungsergebnis herbeigeführt. Alle übrigen Standorte der Lübecker Gymnasien werden durch die SPD nicht in Frage gestellt.
3. Um den Schulstandort Travemünde zu sichern, werden die Baugebiete Neue Teutendorfer Siedlung und Howingsbrook ausgewiesen.
4. Der Kurbetrieb Travemünde wird nicht mehr in Frage gestellt.
5. Die Direktwahl des Beirates für Seniorinnen und Senioren bleibt in bisheriger Form bestehen.
6. Die Aufsichtsräte der städtischen Beteiligungen werden geschlechtergerecht nach Fraktionsstärke nach Beschlussfassung über den Jahresabschluss 2014 neu besetzt.
7. Die SPD sichert der CDU das Zugriffsrecht auf die zu besetzenden Fachbereichsleiterstellen der Fachbereiche 5 (Planen und Bauen) und 3 (Umwelt, Sicherheit und Ordnung) zu. Die CDU sichert der SPD das Zugriffsrecht auf die zu besetzenden Fachbereichsleiterstellen der Fachbereiche 4 (Kultur und Bildung) und 2 (Wirtschaft und Soziales) zu.

Die SPD führt sich an diese Zusagen bis zum Ende der aktuellen Wahlperiode auch dann gebunden und sichert diese zu, wenn es in weiteren Gesprächen nicht zu einer vertiefenden Zusammenarbeit kommen sollte.

Voraussetzung für diese Zusagen ist, dass in der Sitzung der Bürgerschaft am 27.11.2014 der von der SPD nominierte Kandidat Jan Lindenau zum Fachbereichsleiter des Fachbereiches 4 gewählt wird.

Lübeck, den 26.11.2014

Conja Grau,
stv. Kreisvorsitzende

Jan Lindenau,
Fraktionsvorsitzender

Gabriele Schopenhauer,
stv. Fraktionsvorsitzende

Peter Reinhardt,
stv. Fraktionsvorsitzender

POSTEN-GESCHACHER IN DER LÜBECKER BÜRGERSCHAFT

Die Lübecker Bürger schütteln den Kopf.



Willi Meier
Vorsitzender der
MIT Lübeck

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

Das Jahr neigt sich dem Ende, der neue Start in 2015 liegt in greifbarer Nähe. Auch politisch erleben wir einen Neuanfang, die SPD unter der Führung von Ralf Stegner ist schwach, wie lange nicht mehr, wird von immer neuen Krisen erschüttert: Nachdem die Bildungsministerin wegen des Anfangsverdachts auf Vorteilsnahme im Amt unfreiwillig zurücktrat, hielt es auch der Innenminister nicht mehr lange im Kabinett aus und floh in die Wohnungswirtschaft.

Kennen Sie eigentlich den Namen seines Nachfolgers? Stefan Studt heißt der Mann, für mich bis dato ein völlig Unbekannter und das, obwohl er seit 2012 Chef der Staatskanzlei war. Zum Glück ist er nicht mit dem Vorsitzenden der Polizeigewerkschaft verwandt – sonst hätte man dem Innenministerium wohl die Aufsicht über die Polizei entziehen müssen. Seine Kollegin Britta Ernst, die nun Bildungsministerin

ist, ist nämlich mit dem Vorstandsvorsitzenden des UKSH verschwägert. Um den Eindruck von Vetterwirtschaft zu verhindern, wurde kurzerhand ein Ministerium zerschlagen und das Wissenschaftsressort wird seit September vom Sozialministerium betreut. Britta Ernst ist übrigens die Ehefrau von Hamburgs 1. Bürgermeister Olaf Scholz.

Die Opposition, allen voran die CDU konnte daraus kein Kapital schlagen, darum hat sie ihr Personal erneuert. Daniel Günther brachte als hochschulpolitischer Sprecher die Wende für die Wende und ist nun Fraktionschef. Ingbert Liebling wurde jüngst zum neuen Parteivorsitzenden gewählt und wird sich in der breiten Bevölkerung einen Namen machen müssen. Auch die FDP holt zu neuem Schwung aus – allen voran Wolfgang Kubicki. Die Opposition wird kraftvoll in ein neues Jahr starten und hat viel Pulver im Gepäck: 60 Mio. Euro bringt dem Land das Glückspielgesetz von CDU/FDP ein, womit allerdings nicht marode Straßen repariert, sondern undurchsichtige Sozialprojekte finanziert werden. Und der Ministerpräsident – Nein, Herr Stegner ist nicht gemeint! Also unser Ministerpräsident empfindet den Abbau der kalten Progression, also die Steuerentlastung für die mittlere Einkommensschicht, als einen „Akt für Tarifätheten“. Es wird auf jeden Fall wieder spannend in Schleswig-Holsteins Landespolitik.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Lieben eine friedliche und besinnliche Weihnachtszeit und einen guten Start ins neue Jahr. Bleiben Sie uns wohl gesonnen.

Ihr Willi Meier



Thomas Melchert
Vorsitzender der
MIT Ostholstein

DIE BUCHT RUFT

Die Tourismuswirtschaft in der Lübecker Bucht von Travemünde bis Großenbrode hat in den letzten Jahren erhebliche Investitionen in die touristische Infrastruktur getätigt durch Schaffung neuer attraktiver touristischer Angebote und auch ganz erheblicher Qualitätsverbesserung in die bestehenden Betriebe.

Als Höhepunkt dieser Anstrengungen können wir in diesem Jahr die Eröffnung von zwei Spitzenhotels in Timmendorfer Strand/Niendorf - Hotel Seehaus - und Scharbeutz - Hotel Bayside - begrüßen.

Beide Hotels stellen eine deutliche Qualitätssteigerung im hochwertigen Hotelsegment in der Lübecker Bucht dar. Weitere Highlights sind die Eröffnung des Teehauses auf der Seeschlösschenbrücke und der Neubau des Fischereihofes in Timmendorfer Strand. Derartig hohe Investitionen erfordern eine entsprechende Amortisation durch touristischen Umsatz, d.h. die Vermarktungsanstrengungen müssen in gleicher Art und Qualität steigen. Hier sind die Tourismusvereine, -verbände und die TALB gefordert durch ein ganzheitliches Vermarktungskonzept für die gesamte Lübecker Bucht die Werbetrommel zu rühren; dabei sollte das kleinkarierte Tellerranddenken überwunden sein und „die Bucht“ als Marke platziert werden. Was an der Nordsee Sylt ist, ist eben an der Ostsee „die Bucht“, die bekanntlich dort liegt, wo die Südsee der Ostsee ist. Ergänzend ist auch die touristische Unterhaltung in der gesamten Bucht abgestimmt und von hoher Qualität anzubieten. Wenn also die Bucht ruft, so sollen auch möglichst viele Gäste diesem Ruf folgen und kommen. Ich hoffe in diesem Sinne auf eine konzertierte und erfolgreiche Aktion aller Tourismusanbieter in der Bucht.

Ihr Thomas Melchert



04 TRAUERSPIEL BÜROKRATIE Gut für den Bürger?

05 GEFAHR IM VERZUG Landesregierung macht Aufbauarbeit zunichte

06 NACHHALTIGE UNTERNEHMENSFÜHRUNG in mittelständischen Betrieben

07 FIRMENPORTRAIT Mebius - Edelstahl nach Maß

08 RECHTSTIPP Bearbeitungsgebühren für Darlehensverträge

14 FESTE FEHMARNBELTQUERUNG Pat Cox über den Fortschritt des Projektes

DAS DEBAKEL UM DIE LÜBECKER SENATORENWAHL – WIE DIE SPD KOMPRO- MISSFÄHIG WURDE

Im Zuge der Senatorenwahl am 27. November offenbarten die beiden großen Parteien in Lübeck deutliche Schwächen. Der CDU machten erneut die inneren Gräben zu schaffen: Andreas Zander setzt als Fraktionsvorsitzender mit seinen Getreuen auf wechselnde Mehrheiten in der Bürgerschaft, während der andere Flügel eine stabile Koalition mit der SPD bevorzugte. Der Krach ging so weit, dass Zander sogar sein Verbleib im Amt an die Entscheidung knüpfte.

Die SPD hingegen wollte mit aller Macht ihr Pendant Jan Lindenau zum Kultursenatoren kürten. Für diese Personalie ließ sie sogar das Rot-Grüne Bündnis im Rathaus platzen – weil die selbst auferlegte Frauenquote mit Herrn Lindenau als Senator nicht zu halten gewesen wäre. Manchem Bürger ist diese Personalpolitik sauer aufgestoßen.

Plötzlich zeigten die Sozialdemokraten jedoch Kompromissbereitschaft, denn sie boten der CDU schriftlich an, bei dringenden Forderungen wie dem Erhalt der Schulstandorte in dörflichen Stadtteilen, der Ausweisung von Baugebieten, dem Erhalt der Travemünder Kurbetriebe und der bestehenden Direktwahl des Seniorenbeirats nachzugeben. Bisher hatte die SPD dies stets abgelehnt, scheint den Argumenten der CDU aber offensichtlich dennoch Wert beigemessen haben. Zukünftig können diese also nicht als unberechtigt abgetan werden, denn jetzt ist die ehemalige Arbeiterpartei durch die Machtverschiebung auch von den Christdemokraten abhängig. Souveräne Entscheidungen im politischen Betrieb werden in Lübeck vermutlich nur mit sehr viel Aufwand gefunden werden. Manchmal ist weniger Ego eben mehr für die Bürger.

Impressum Treffpunkt Mittelstand

MIT Herausgeber: MIT Kreisverband Lübeck, An der Untertrave 14-16, 23552 Lübeck, www.mit-hl.de | V. i. S. d. P.: Willi Meier, Vorsitzender MIT Kreisverband Lübeck | Redaktion: Jochen Rühmling | Fotos: hfr, Fotolia, Titelbild LTM - S.E. Arndt

Satz, Layout, Anzeigenverkauf: Treffpunkt Werbeagentur, Bäderstraße 2, 23626 Ratekau, Tel. 04504 - 707 62 40, anzeigen@treffpunktteam.eu, Homepage: www.treffpunktteam.eu



TRAUERSPIEL BÜROKRATIE

Glaubt man der Schleswig-Holsteinischen Landesregierung, darf man sich beruhigt zurücklehnen, denn sie weiß, was gut für ihre Bürger ist. O.K. Wenn es denn stimmig wäre.

Doch irgendwie kommt man sich dabei gegängelt vor. Nachvollziehbar, bedenkt man die sicht- und spürbare Erweiterung des Verwaltungsaufbaus, die mehr staatliche Kontrolle und Überwachung neuer Vorschriften befürchten lässt. Und diese Befürchtungen sind nicht grundlos, wie man uns schwer feststellen kann.

Da wäre beispielsweise das Gesetz zur Dauergrünlandhaltung und die neue Knickschutzverordnung. Diese bringen für Landwirte erhebliche Eingriffe in ihre Eigentumsrechte mit sich. Sie schreiben demnächst vor, einen Mindestabstand beim Bewirtschaften der eigenen Flächen einzuhalten – kontrolliert und nachgemessen. Dazu plant die Regierungskoalition, dem Land ein Vorkaufsrecht für Felder und Weiden einzuräumen – eine Maßnahme, die schon vor Jahren von der CDU aus dem Landesnaturschutzgesetz gestrichen wurde.

Doch es geht noch weiter. Mit erheblicher Personalsteigerung sollen nun bisher nicht erfasste 16.000 Denkmäler registriert werden – und das, ohne die Eigentümer vorab zu informieren. Diese sind machtlos und können sich höchstens auf dem Klageweg dagegen wehren, wenn sie verhindern wollen, dass ihr Eigentum als Denkmal eingestuft wird.

Auch werden nach dem 2013 im Eilverfahren durchgesetzten

Tariftreu- und Vergabegesetz öffentliche Aufträge nur noch vergeben, wenn die beteiligten Unternehmen schriftlich einen Mindestlohn von 9,18 Euro garantieren und dazu vorgeschriebene soziale Standards einhalten. Wahrlich paradox: Eines der ärmsten Bundesländer der Republik bezahlt den höchsten Mindestlohn.

Auch müssen bietende Handwerksbetriebe für sich, ihre Zulieferer und deren Zulieferer weltweit nachweisen, dass sie keine Materialien verwenden, die möglicherweise von Kindern produziert wurden. Diese Vorschrift tritt ab dem ersten Euro in Kraft – was selbst Kleinreparaturen zum Risiko macht. Wird nun ein Unternehmen kontrolliert und kommt in den Verdacht, sich nicht an die Gesetzesvorgaben zu halten, droht ihm der Eintrag in ein Korruptionsregister, mit dem es von der weiteren Teilnahme am Wettbewerb ausgeschlossen werden kann – desaströs!

Schlimm trifft es ebenfalls soziale Dienstleistungen und Wohlfahrtsverbände, wie Diakonie oder Arbeiterwohlfahrt. Dem Universitätsklinikum Schleswig-Holstein kosten die Beschäftigten seiner Servicegesellschaft nun jährlich eine halbe Million Euro mehr. Auch Kreise, kreisfreie Städte und Kommunen sind aktiv Leidtragende der neuen Gesetze. Besonders traurig: Parallel dazu soll ihnen über eine Neuregelung des Kommunalen

Finanzausgleichs Geld weggenommen werden, um es den großen Städten zukommen zu lassen. Auch wurde mehr als 40 Gemeinden und Ämtern im Land vorgeschrieben, neue Stellen für hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte zu schaffen. Ebenso müssen sie die Kosten für eine Initiative tragen, mit der die Willkommenskultur für Migranten gestärkt werden soll – an sich eine positive Sache, aber leider allein ehrenamtlich nicht umzusetzen. Durch steigende Gebühren und Abgaben bekommen das auch die Bürger zu spüren. Entgegen der Versicherung von SPD, Grünen und SSW, dies würde das Land kein Geld kosten, muss jetzt den Kommunen jährlich ein zweistelliger Millionenbetrag überwiesen werden..

Auch bei der Energiewende hakt es gewaltig. Hier schiebt der Grüne Minister für Umwelt und Energie immer noch einen Genehmigungsstau für mehr als 370 Windkraftanlagen vor sich her – als die CDU-Fraktion zu Jahresbeginn öffentlich Druck machte, waren es so-

gar mehr als 450. Auch nach zwei Jahren Amtszeit hat Robert Habeck keine Fortschritte bei der Planung für die zum Stromtransport erforderlichen Trassen gemacht und 2022 soll eine neue Leitung über die Elbe stehen. Die Realität sieht anders aus. Wegen fehlender Leitungen steigt die Zahl der Zwangsabschaltungen von Windkraftanlagen im Land. Das kostet mittlerweile 40 Millionen Euro pro Jahr – zahlbar vom Energieverbraucher! Ebenso fehlen wirtschaftlich zu betreibende Speichermöglichkeiten und bei dem Desaster hat sich auch das Wahrzeichen der Energiewende in Schleswig-Holstein verabschiedet. Die Husumer Windmesse mit fast 1000 Ausstellern wanderte nach Hamburg ab.

Schandbar.



Hartmut Hammerich
MdL

GEFAHR IM VERZUG

Es scheint nicht vorwärts zu gehen; das Land tritt auf der Stelle und jegliche Entwicklung bremst sich aus. Zweieinhalb knappe Jahre hat es gedauert, zehn blühende Jahre der Aufbauarbeit zunichte zu machen.

Unter der CDU/FDP-Landesregierung war Schleswig-Holstein auf dem Weg zu einem der ansiedlungsfreundlichsten Bundesländer. Jetzt wandern Unternehmen ab. Die Zahl der durch Neuansiedlungen von Firmen und Betrieben geschaffenen Arbeitsplätze ist im Vergleich zum Vorjahr um 50 Prozent gesunken. Deutlicher kann der Vertrauensverlust in den Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein nicht dokumentiert werden. Das bedeutet für unser Land einen vorletzten Platz im westdeutschen Ländervergleich eine alarmierende Tendenz. Kein Wunder, ist doch die besondere Förderung von Unternehmen in strukturschwachen Gebieten mit dem rot/grün/blauen Koalitionsvertrag abgeschafft worden – gegen den Willen der CDU versteht sich. Dazu kommen von den Regierungsfractionen geschaffene bürokratische Hürden, die die Unternehmen desillusionieren. Gleichermaßen entmutigend ist die sich immer maroder zeigende Infrastruktur. Brücken stellen sich als höchst verkehrsunsicher heraus, Straßen splintern und sind durch Schlaglöcher schlecht befahrbar. Das dadurch hervorgerufene Verkehrschaos macht das Land Schleswig-Holstein für die Wirtschaft nicht gerade attraktiv, ja, es entwickelt sich zum eindeutigen Standortnachteil.

Klar ist eines: Die CDU-geführte Bundesregierung muss diese Projekte bezahlen. Doch ohne Planfeststellungsbeschluss kann der Bau erst gar nicht beginnen. Und für den ist das Land zuständig. Und genau hier klemmt es, denn keines der Projekte ist baureif. Anträge der CDU, die Planungskapazitäten zu erhöhen, lehnen die Regierungsfractionen ab und deuten immer kräftig Richtung Berlin. So kann man die eigene Verantwortung durchaus abschieben und zu bemängeln versuchen und seine Schwächen zu verschleiern.

Dazu passt, dass von der Landesregierung zur Finanzierung der maroden Landesstraßen nichts zu hören ist. Denn auch dafür ist sie verantwortlich. 36 Millionen müssten aufgebracht werden, um den aktuellen Zustand zu halten – und der ist miserabel genug. Doch von der Landesregierung werden nur 25 Millionen Euro für die

dass in der Regierungsphase der bestehenden Koalition die A 20 nicht weiter gebaut wird und durch das schlechte oder nicht vorhandene Baustellenmanagement beim Ausbau der A 7 das Stauchaos im Süden des Landes vor dem Elbtunnel beträchtlich verschärft wird. Das Gleiche gilt für die bedeutsamen Schienenprojekte S 4 und AKN (S 21) in der Metropolregion, die nicht vorwärts kommen. Da hilft es auch nicht, über fehlende Mittel aus Berlin zu klagen und somit die eigene Verantwortlichkeit zu verschleiern. Auch die Disharmonie mit dem grünen Koalitionspartner, der viel Verkehrsprojekte komplett in Frage stellt, ist da nicht wirklich hilfreich.

Verkehrsinfrastruktur zur Verfügung gestellt. Unverständlich bei nahezu 400 Millionen Euro Mehreinnahmen im Haushalt. Anträge der CDU, vernünftiger Summen zur Verfügung zu stellen, werden ohne Erklärung abgelehnt. Dieses Durcheinander setzt sich beim Erhalt der kommunalen Straßen und bei der Sa-

nierung der desolaten Sportanlagen und Bäder fort. Auch da wird weiter kaputtgespart.

Unzumutbar!



Hans-Jörn Arp
Verkehrspolitischer Sprecher
der CDU-Landtagsfraktion

BOCKHOLDT

Optimale Qualität in jeder Höhe!

Ob Bürogebäude, Krankenhaus, Industrieanlage, Einzelhandel oder ganz Privat - bei **BOCKHOLDT** wissen wir, worauf es in Sachen Qualität und Hygiene ankommt.

Mit unserer über 50-jährigen Erfahrung sind wir Ihr zuverlässiger Partner für alle Gebäude-, Industrie- und Hygienedienste.

Branchenorientiert, leistungsstark und umweltschonend. Mit **BOCKHOLDT** sind Sie immer rundum gut betreut!

BOCKHOLDT Gebäudedienste KG
Tel.: 0451 - 6 000 60
Gutenbergstr. 10 | 23566 Lübeck www.bockholdt.de

NACHHALTIGE UNTERNEHMENSFÜHRUNG IN MITTELSTÄNDIGEN BETRIEBEN

Während das Augenmerk von Politik und Öffentlichkeit seit den Zeiten Ludwig Erhards bis weit in die siebziger Jahre hinein vorwiegend einer stabilen Beschäftigungslage und einem stetigen Wirtschaftswachstum galt, rückt heute die moralische Integrität des Geschäftsgebarens mit der Ökologiedebatte und zahlreichen Enthüllungen über unsoziale Arbeitsbedingungen in einigen Herstellungsländern zunehmend auf die vorderen Plätze innerhalb des Bewertungskataloges unternehmerischer Tä-

tigkeit. Standen diesbezüglich lange die grossen Konzerne im Mittelpunkt der Diskussion, so liegt nun mehr der Fokus verstärkt auch auf dem Mittelstand. Studien belegen dabei zugleich auch die wirtschaftliche Bedeutung einer Wahrnehmung von Verantwortung durch die Konsumenten. So werden Leistungen wegen des verantwortlichen Handelns von Unternehmen gewählt beziehungsweise aufgrund von Fehlverhalten boykottiert. Demnach ist das Individuum nicht auf einen „homo

consumens“ zu reduzieren, sondern in der Vielfalt seiner verschiedenen Rollen, die unterschiedliche, auch nicht-marktlich-materielle Bedürfnisse beinhalten, zu begreifen. Diesem Verständnis entspricht ein von Verantwortung getragenes Menschenbild, das jenseits eines rationalistisch-mechanistischen Paradigmas der lebenspraktisch-ethischen Vernunft den Bedürfnissen aller Marktakteure zugute kommt. Sinnorientierte Konsumethik setzt somit ein ganzheitliches

Menschenbild voraus, das der Freiheit und Verantwortung des Individuums einen hohen Stellenwert einräumt, um hieraus Motivationskräfte freizusetzen und eine individuelle ethische Urteilsfähigkeit auszubilden. Eine Unternehmensführung vermag hier durch ihr gelebtes ethisches Selbstverständnis auf Lieferanten, Mitarbeiter und Kunden einzuwirken und Impulse für eine Bewusstseinsveränderung zu geben. Es ist dabei die Aufgabe eines normativen Managements, anhand von diesbezüglichen Prinzipien und Spielregeln das betreffende Unternehmen in Richtung eines qualifizierten und glaubwürdigen Wandels weiterzuentwickeln und das zukünftige Tun zu begründen. In diesem Zusammenhang kommt dem Verantwortungsbegriff im Hinblick auf die Auswirkungen unternehmerischer Tätigkeit zentrale Bedeutung zu. Dieser bezieht sich insbesondere auf die Fürsorge- und auf die Zukunftsverantwortung, aber auch retrospektiv auf die jeweiligen Handlungsergebnisse oder -folgen. Nach dem Renitätsprinzip wird verantwortungsethisches Handeln durch die Erkennung des komplexen Wirkungsgefüges zwischen Mensch und Natur motiviert. In Ansehung dieser Gesamtvernetzung könnten somit die Erwartungen ethisch-orientierter Konsumenten an die Unternehmensaktivitäten folgendermaßen formuliert werden: Handle so, dass die Wirkungen deiner Handlung verträglich sind mit der Dauerhaftigkeit menschlichen Lebens auf Erden.

Autor: Prof. Dr. Michael Zerres

PALMBERG

ONline
Büroeinrichtungen

Oylstraße 4 · 23560 Lübeck
www.online-bueroeinrichtungen.de

HYUNDAI NEW THINKING. NEW POSSIBILITIES

Sie denken, Sie kennen Hyundai?

Wir bringen Sie auf neue Gedanken.

Autohaus am Funkturm
Otto-Hahn-Straße 5 · 23617 Stockelsdorf
Fon 0451 4988623 · Fax 04851 494513
www.autohaus-am-funkturm.de

5 JAHRE
FAHRZEUG-GARANTIE
MOBILITÄTS-GARANTIE
SICHERHEITS-CHECKS

Ohne Kilometerbegrenzung

* Für alle Modelle außer H-1: 5 Jahre Fahrzeug- und Lack-Garantie ohne Kilometerbegrenzung und 5 Jahre Mobilitäts-Garantie mit kostenlosem Pannendienst und Abschleppdienst. 5 Kostenlosen Sicherheits-Checks in den ersten 5 Jahren gemäß Hyundai Sicherheits-Check-Heft.



FIRMENPORTRAIT

MEBIUS - EDELSTAHL NACH MASS

Mebius ist die Ideenschmiede für Stahl und Edelstahl.

Wir bieten kundenbezogenen Einzelanfertigungen und die Fertigung von Kleinserien. Bei uns finden Sie ein umfassendes Produktprogramm aus Edelstahl, Stahl und Aluminium. Produkte aus dem Automotiv-Bereich wie Leiterhalterungen, Staukästen und Kraftstofftanks sind unsere Stärke. Im Jahre 1998 wurde der Betrieb Mebius Edelstahl- und Metallbau durch den Inhaber Dirk Mebius gegründet. Am Anfang stand die Idee, Befestigungssysteme für Leitern an Fahrzeugen zu entwickeln. Daraus wurde die Erfolgsgeschichte des fahrzeugbezogenen Leiterhalters der Firma Mebius. Auf Grund des großen Erfolges wurden Staukästen entwickelt, die sich durch Ihre hohe Quali-

tät, Langlebigkeit und Vielfalt auszeichnen. Im Laufe der Jahre wurde die Produktpalette um Fahrzeugaus- und aufbauten jeglicher Art, sowie den Bau von Tanks als kundenspezifische Einzellösung und auch als Serienfertigung erweitert.

KONTINUIERLICHE WEITERENTWICKLUNG

So hat sich Mebius sowohl im Handwerk, als auch in der Industrie etabliert. Es werden Treppen, Treppengländer, Balkonanlagen, Zaun- und Toranlagen und Sonderbauten in jeder erdenklichen Art und Vielfalt auf Wunsch des Kunden entwickelt und hergestellt. Mebius ist auch ein Schweiß-fachbetrieb in dem verschiedene Legierungen verarbeitet

werden können. Die meisten Produkte werden im eigenen Haus aus Materialien in höchster Qualität hergestellt. Ermöglicht wird dies durch hervorragend ausgebildete langjährige Mitarbeiter und einen hochmodernen Maschinenpark.

UNSERE MITARBEITER

Bei aller Technik übt noch immer der Mensch einen entscheidenden Einfluss auf die Präzision und Qualität des Produktes aus. Deshalb werden die Mitarbeiter bei Mebius kontinuierlich fortgebildet.

DER MASCHINENPARK

Präzision ist vor allem eine Frage der Technologie. Firma Mebius setzt auf einen

zeitgemäßen modernen Maschinenpark namenhafter Hersteller. Im Hause Mebius sind Biegemaschinen, Fräsen, Drehbänke, hochmoderne Schweißgeräte sowie eine CNC-gesteuerte Abkantpresse und CNC-gesteuerte Rotationsstanzen, die direkt mit unseren CAD-Konstruktionsdaten arbeiten und für präzise Produktionsergebnisse sorgen, im Einsatz. Desweiteren steht uns eine begehbare Glasperlstaalkabine für den Edelstahlbereich zur Verfügung.

ZERTIFIZIERUNG

Durch das Audit der ZDH-Zert GmbH wurde der Nachweis erbracht, dass die Anforderungen der Norm DIN EN 1090 erfüllt sind.

MEBIUS
Edelstahl nach Maß
Edelstahl- und Metallverarbeitung

Reg.-Nr. 2499-CPR-0114046

Wir bieten kundenbezogene Einzelanfertigungen und die Fertigung von Kleinserien. Bei uns finden Sie ein umfassendes Produktprogramm aus Edelstahl, Stahl und Aluminium.

Wir sind flexibel, kreativ, innovativ und hoch qualifiziert.

Mebius - Edelstahl nach Maß e.K.
An der Bäderstr. 73 · 23701 Süsel/Holstein
Tel.: (04524) 90012-0 · www.mebius-metallbau.de

SUBARU

Auto Schömig

Autogastankstelle
Reparatur aller Automarken

Zum Windpark 3 · 23738 Lensahn
Telefon (0 43 63) 90 38 15 · www.auto-schoemig.de



BGH: VERBRAUCHER KÖNNEN BEARBEITUNGS- GEBÜHREN FÜR DARLEHENSVERTRÄGE ZURÜCKVERLANGEN!

Wer ein Darlehen von einer Bank benötigte, musste hierfür eine Bearbeitungsgebühr bezahlen. Das konnten für kleinere Kredite z.B. für die Anschaffung eines gebrauchten PKW 300,00 € oder für Kredite zur Errichtung eines Einfamilienhauses z.B. 4.000,00 € sein. Diese Praxis der Kreditinstitute wurde seit längerem kritisiert. Verschiedene Oberlandesgerichte hielten die Vereinbarung solcher Bearbeitungsgebühren für unwirksam mit der Folge, dass die Bearbeitungsgebühren zurückzuzahlen sind.

Der BGH hat nun mit 2 Urteilen vom 13.05.2014 zu den Aktenzeichen VI ZR 405/12 und VI ZR 170/13 entschieden, dass Verbraucher die in ihren Darlehensverträgen von allen Banken in Deutschland vereinbarten „Bearbeitungsgebühren“ zurückbezahlt verlangen können, wenn die Kreditinstitute die Bearbeitungsgebühren in Allgemeinen Geschäftsbedingungen

vorgegeben haben. Zudem müssen die Kreditinstitute die gezogenen Nutzungen, also die mit diesen Geldern erwirtschafteten Gewinne, zurückzahlen. Banken erwecken bei einem Durchschnittskunden der Vereinbarung der Bearbeitungsgebühr den Eindruck, die Bank verlange ein zusätzliches Entgelt als Ausgleich für ihren Bearbeitungsaufwand im Zusammenhang mit der Kreditgewährung, zum Beispiel der Antragsbearbeitung, der Beschaffung der Kreditmittel, der Bonitätsprüfung usw. Das ist eine rechtlich gesehen gesonderte Tätigkeit im Vergleich zur Hauptleistung der Bank. Diese ist in § 488 BGB geregelt, nämlich, dem Verbraucher den vereinbarten Geldbetrag zu verschaffen und dafür Zinsen zu erhalten. Damit kann die Nebenleistung „Bearbeitungsgebühr“ darauf überprüft werden, ob sie gesetzliche Regelungen verletzt und den Kunden unangemessen benachteiligt. Eben nach dieses Maßstäben hält der BGH Bearbeitungsgebühren für unwirksam, jedenfalls in Verbraucherverträgen.

Der Aufwand der Bank für die Kreditbearbeitung und Auszahlung des Darlehensbe-

trages ist eine Hauptleistungspflicht der Bank und wird bereits mit den zu zahlenden Zinsen abgedeckt. Daneben darf die Bank keine weiteren einmaligen Gebühren für diese Tätigkeiten verlangen.

Die Forderung nach der Rückzahlung verjährt in 3 Jahren, beginnend mit dem Schluss des Jahres, in dem die Bearbeitungsgebühr vereinbart und bezahlt wurde. Prüfen Sie also ihre Darlehensverträge sofort! Möglicherweise verjähren im Jahre 2011 bezahlte Bearbeitungsgebühren zum 31.12.2014.

Viele Banken versuchen immer noch - vermeintlich trickreich - der Rückzahlungspflicht zu entgehen. So hält eine große Bank in Deutschland Verbraucher mit dem Argument hin, dass das Bearbeitungsentgelt ja individuell ausgehandelt und deshalb keine Allgemeine Geschäftsbedingung sei. Eine andere große Bank in Deutschland vereinbart angeblich keine Bearbeitungsgebühren, sondern „laufzeitunabhängige Individualbeiträge“.

Nach Ansicht des Autors handelt es sich auch insoweit ausnahmslos um Bearbeitungs-

gebühren, die zurückzuzahlen sind. Das hat unter anderem im Hinblick auf „laufzeitunabhängige Individualbeiträge“ auch bereits das Amtsgericht Lichtenberg mit Urteil vom 25.06.2013 zum Aktenzeichen 5 C 502/12 entschieden. Danach lag entgegen der Behauptung der Bank keine Individualvereinbarung, sondern eine Allgemeine Geschäftsbedingung vor, die intransparent und unwirksam war. Das gleiche entschied das Amtsgericht Lichtenberg mit einem weiteren Urteil vom 20.02.2014 zum Aktenzeichen 9 C 205/13. Die Behauptung einer „einmaligen laufzeitunabhängigen Individualbeitrages“ sei nichts anderes als eine Kreditbearbeitungsgebühr. Denn neben der Vereinbarung einer Bearbeitungsgebühr handelt es sich um nichts anderes als um eine Preisnebenabrede. Diese unterliegt den Kontrollvorschriften für Allgemeine Geschäftsbedingungen.

Dennoch weigern sich Banken immer wieder, die Bearbeitungsgebühren zurückzuzahlen. Den entsprechenden Kunden kann i.d.R. empfohlen werden, die Bearbeitungsgebühren einzuklagen.



Prof. Dr. Jörg Schmidt
Lübeck/Schwerin
Rechtsanwalt und
Fachanwalt für Bau- und
Architektenrecht sowie
für Versicherungsrecht
Kronsforderallee 27
23560 Lübeck
www.rae-dr-schmidt.de

REGIERUNGS- KONZEPT DER CDU

Im Fokus - Infrastruktur und Bildung.

Finanziert durch hohe Steuereinnahmen und Geld vom Bund; rund zweieinhalb Milliarden Euro für die Landeskasse. Perfekt für Schuldenabbau, Infrastrukturkonzepte und Bildung.

Das bedeutet Abkehr von der von Albig & Co. geforderten Einheitsschule, denn der gemeinsame Unterricht komplett unterschiedlicher Leistungsklassen ist nicht nur unökonomisch, sondern geradezu leichtsinnig. Er fordert Verlierer auf Lehrer wie Schülerseite. Darum beantragt die CDU weiterhin ein gegliedertes Schulsystem mit einem qualifizierten Lehrgremium, das seinen Auftrag ernst nimmt, sowie Notengebung und Leistungsbeurteilung, damit unsere jungen Menschen international der Konkurrenz gewachsen bleiben. Auch verlangt die CDU eine zielgerichtete Mittelstands-

förderung und generell mehr Freiräume für die Wirtschaft sowie einen gezielten und beharrlichen Einsatz für die dringend nötige Verbesserung der Infrastruktur im Land.

Immer in Verbindung mit der Sicherheit, die Schleswig-Holstein bieten kann, stemmt sich die CDU auch weiterhin gegen eine Stellenreduzierung bei der Polizei und die unangemessene Neuregelung des kommunalen Finanzausgleichs. Ebenfalls soll die Energiewende zielstrebig und tatkräftig unterstützt werden. Die erforderlichen Genehmigungsverfahren für Windkraftanlagen müssen schnell über die Bühne gehen, um Schleswig-Holstein wieder zu dem zu machen, was es einmal war – einer der attraktivsten Standorte für Unternehmen in der Republik.

MÄNGEL-LISTE

Er stimmt nichts mehr in unserem Land. Torsten Albig und sein Kabinett behandeln es schlecht.

Ob Tarifreue- und Denkmalschutzgesetz, Korruptionsregister, Bildungspolitik, chaotische Infrastrukturen oder fehlendes europäisches Denken – die Schiefelage ist da.

Angefangen bei der Vernachlässigung des Mittelstands. Dieser ist das pulsierende Herz des Landes, der verlässlichste Arbeitgeber. Mit den oben genannten ersten drei Gesetzen wird er extrem behindert. Dazu kommt die von Eklats begleitete Bildungspolitik von Regierungschef und Kabinett, die allen Lehrenden ebenso wie Lernenden das Leben schwer macht. Inklusiv der Beeinträchtigung, die das Anfang des Jahres beschlossene Schulgesetz den Gymnasien zufügt, samt Schaffung entbehrlicher

Oberstufen an Gemeinschaftsschulen, die unververtretbare Reform der Lehrerausbildung durch die ehemalige Bildungsministerin – alles klappt nicht und lässt Familien und Kinder allein. Fehlende Schülerbeurteilungen, keine Noten, Beratungsdefizite bei Schularten – eine Menge liegt im Argen.

Auch die Versäumnisse der jetzigen Landesregierung bei der Infrastruktur sind unverzeihlich. Es fehlen Mittel für die Instandsetzung der Landstraßen sowie für weitere dringende Verkehrsvorhaben und auch die Kooperation mit den skandinavischen Nachbarn ist nicht gerade flüssig. Gut durchdachte und praktikable Gegenkonzepte der CDU werden abgeschmettert – schade.

Jürgen Reif

Ihr Energie- und Vorteilsmanager



Aktuelles BGH-Urteil: Holen Sie sich Ihre Kreditkosten zurück!!

Nur noch bis 31.12.14

Jetzt schnell handeln. Ohne Kostenrisiko!!!

Alle Darlehen und Kredite (Privatkredite, Autokredite, Leasing, Vorfälligkeitsentschädigungen usw.) Auch Hypothekendarlehen über unseren Verbraucherschutzverein auflösen und zu aktuellen Zinsen umfinanzieren.

Jürgen Reif • Rosenstraße 2 • 23626 Ratekau
Tel. (04504) 70 85 796 • Fax 70 85 798
j.reif@energie-vorteilsmanager.de
www.energie-vorteilsmanager.de



Bauen Sie eine Brücke zwischen Leben und Tod.

Mit einer **Bestattungsvorsorge** legen Sie zu Lebzeiten die Details der Bestattung fest. So geschieht alles in Ihrem Sinne. Wenden Sie sich vertrauensvoll an uns. Wir beraten Sie ausführlich, kompetent, diskret und selbstverständlich kostenfrei.

Balauerföhr 9
23552 Lübeck
Tel. 0451-79 81 00
www.schaefer-co.de





Der richtige Partner für Ihren Erfolg.
Ihr FirmenkundenCenter.
Telefon 0451 147-135

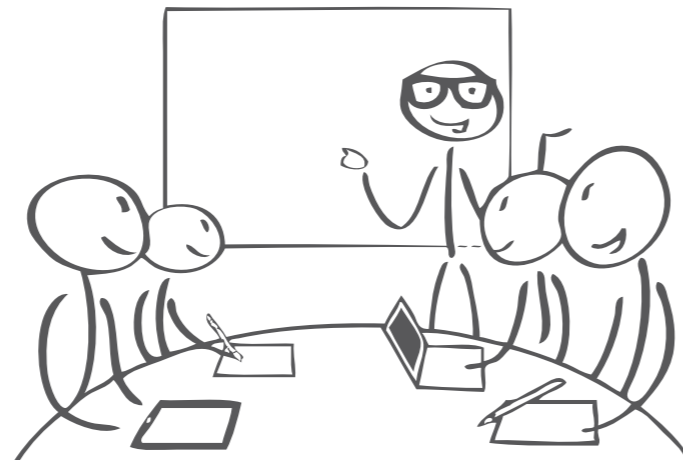
Sparkasse zu Lübeck

BESTE CHANCEN AUF DEM ARBEITSMARKT

Die Politik der unionsgeführten Bundesregierung zeigt begeisternde Erfolge.

Die Arbeitsplätze sind sicher, die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist stabil und auch die Erwerbstätigkeit Älterer hat sich positiv entwickelt. Ihre Erfahrung, Kompetenz und Leistungsbereitschaft wird mehr und mehr geschätzt, sodass ihre Erwerbstätigenquote (60- bis 64-jährige) seit 2000 von 20 auf nahezu 50 Prozent gestiegen ist. Damit kann auch ein Wachstum der sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer auf 1,6 Millionen (60%) vermeldet werden.

Umgekehrt ist die Arbeitslosenquote erfreulich niedrig. Tatsächlich ist sie derzeit so gering, wie in keinem anderen EU-Land. Und das zahlt sich für den Bürger aus. Die realen Nettolöhne sind in diesem Jahr zum sechsten Mal in Folge gestiegen – das ist seit der Deutschen Einheit vorher nie erreicht worden. Die CDU engagiert sich in der Bundesregierung dafür, dass dieser Trend erfolgreich weitergeführt wird.




Genießen Sie erfrischendes, stilvolles & klassisches Ambiente in der Villa Colonial

Restaurant · Café



Alle Infos zu Parties & Events unter:

Hindenburgallee 2 · 23714 Bad Malente
Tel.: 04523 - 207815 · Fax: 04523 - 207813
info@villa-colonial.de · www.villa-colonial.de

facebook villa.colonial

PAT COX:

„DER FEHMARNBELTTUNNEL IST EINES DER WICHTIGSTEN INFRASTRUKTURPROJEKTE IN EUROPA“

Am 14. Oktober 2014 hieß Femern A/S den Vertreter der EU-Kommission, Pat Cox, willkommen. Er ist für den Verkehrskorridor verantwortlich, zu dem auch der Fehmarnbelttunnel gehört.

„Die Feste Fehmarnbeltquerung ist eines der wichtigsten Infrastrukturprojekte in Europa. Effiziente Verkehrsverbindungen sind für die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Unternehmen in der globalisierten Wirtschaft von entscheidender Bedeutung. Die Feste Fehmarnbeltquerung ist also nicht nur für Dänemark und Deutschland von großem Nutzen, sondern für Europa insgesamt. Die Europäische Kommission verfolgt mit großem Interesse den Fortschritt des Projekts und freut sich auf den Beginn der Bauphase im kommenden Jahr“, so Pat Cox.

Im März 2014 hat die Europäische Kommission den früheren Präsidenten des Europäischen Parlaments zum Koordinator des Skandinavien-Mittelmeer-Korridors berufen. Dieser Korridor ist Teil des transeuropäischen Verkehrsnetzes (Trans-European Transport Network, TEN-T)

und verläuft von Finnland durch Schweden, Dänemark, Deutschland, Österreich und Italien bis nach Malta, wobei er die großen Ballungszentren und Städte miteinander verbindet.

Dieser Nord-Süd-Verkehrskorridor umfasst die wichtigsten Eisenbahn-, Straßen- und Seeverkehrsverbindungen und ist von großer Bedeutung für den europäischen Binnenhandel. Der Fehmarnbelttunnel ist eines der beiden wichtigsten Bauprojekte entlang der Strecke und erfährt große Unterstützung in Europa.

Die EU-Kommission hat dem Fehmarnbeltprojekt bisher die größtmöglichen Zuschüsse in Höhe von 50 Prozent der Entwurfs- und Planungskosten gewährt – entsprechend etwa 135 Mio. Euro.

Femern A/S rechnet aufgrund der zahlreichen Vorteile, die die Fehmarnbeltquerung für

den Handel und die Mobilität in ganz Europa mit sich bringen wird, auch weiterhin mit einer signifikanten Förderung des Projekts durch die EU.

„Die Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission ist sehr wichtig für uns. Wir sind stolz darauf, dass die Feste Fehmarnbeltquerung ein Projekt von höchster Priorität innerhalb des TEN-T-Programms der EU ist, und

wir freuen uns, einen Beitrag zu einer erheblichen Verbesserung der gemeinsamen europäischen Infrastruktur leisten zu können. Die Förderung durch die EU ist auch für die Gesamtrentabilität des Projekts wichtig und wir sind sehr dankbar für die große Unterstützung, die wir von der EU erhalten“, so Claus F. Baunkjær, CEO von Femern A/S.



Pat Cox

Vertreter der EU-Kommission



Suchen Sie nicht lange.
Guter Rat ist leicht zu finden.

Seit 1979 führen wir unsere Kunden zum Ziel. Wir bieten IT-Systemlösungen in den Bereichen:

- Apple
- Microsoft
- Firewallsysteme (Watchguard)
- Virtuelle Private Netzwerke
- Audits & Netzwerkanalysen
- Email - Anti-Virus & Anti-Spam
- Telefonanlagen
- Internet-Hosting
- Datensicherung
- Virtualisierung



JessenLenz

www.jessenlenz.com